

Fraktionsreport



Von Maria Bigos und Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzende

Prenzlauer Berg nicht ohne „Tuntenhaus“, Mauerpark nicht ohne Musik!

Bericht aus der 22. Tagung der BVV Pankow

Am 18. April tagte die Bezirksverordnetenversammlung zum 22. Mal in dieser Wahlperiode. Die Sitzung war insofern besonders, da sie gemeinsam mit der Senior*innenvertretung (SV) Pankow vorbereitet wurde und einen senior*innenpolitischen Schwerpunkt hatte. Entsprechend wurde die Sitzung zusammen vom Vorsteher der BVV und der Vorsitzenden der SV, Dr. Gisela Grunwald eröffnet, die von der Arbeit der SV und den besonderen Herausforderungen der Senior*innenpolitik berichtete. 15% der Einwohner*innen Pankows sind 65 Jahre und älter. Trotzdem sind Lebensumstände und Bedürfnisse von Senior*innen in der Kommunalpolitik oft unterrepräsentiert.

Gemeinsam mit den senior*innenpolitischen Sprecher*innen der demokratischen Fraktionen hatte die SV einen eigenen Antrag für die Ausstattung der Begegnungsstätten für Senior*innen im Bezirk mit kostenlosem WLAN eingebracht. Die BVV nahm den Antrag einstimmig an.

Die demokratische Einigkeit wurde beim gemeinsamen Dringlichkeitsantrag von Linksfraktion mit den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und SPD zum Mauerpark fortgesetzt. Das Bezirksamt plant 2024 eine neue Parkordnung. Straßenmusik an Sonntagen von Mai bis September sollte nicht mehr zugelassen werden. Wir halten ein solches Verbot für unverhältnismäßig und nicht umsetzbar und freuen uns, dass die demokratischen Fraktionen diese Ansicht teilen. Mit der breiten Zustimmung in der BVV hoffen wir nun auf eine neue Parkordnung, die den Mauerpark als offenen Kulturort stärkt, statt ihn durch unnötige Verbote einzuschränken.

Mit berlinweiter Aufmerksamkeit wurde auch der Antrag der Linksfraktion, der Grünen und der SPD zur Rettung des „Tuntenhauses“ in der Kastanienallee 86 in Prenzlauer Berg erwartet. Das 1990 besetzte „Tuntenhaus“ ist längst ein Stück queerer Geschichte des Bezirks, dem die Verdrängung durch Ankauf und Luxusmodernisierung droht – ein Schicksal, das viele

andere Mieter*innen im Bezirk teilen. Um das „Tuntenhaus“ in seiner jetzigen Form bewahren zu können, wäre eine Überführung in gemeinwohlorientierte genossenschaftliche Hände nötig und geeignet. Dazu soll der Bezirk sein Vorkaufsrecht ausüben, wie der von der BVV beschlossene Antrag fordert. Der Bezirk hat ein deutliches Signal für Vielfalt und Milieuschutz gesetzt! Die Senatsverwaltung muss dafür die notwendigen Gelder freigeben.

Überschattet wurde die Tagung mit ihren vielen überfraktionellen Konsens allerdings vom Haushalt. Am 12. April war der Jahresabschluss für 2023 vorgelegt worden und Pankow trifft ein Rekordminus mit 13,8 Mio. €. Mit der Pauschalen Minderausgabe des laufenden Doppelhaushaltes müssen nunmehr 19,8 Mio. € eingespart werden. Wir haben vor dieser Situation wiederholt gewarnt, doch Bezirksbürgermeisterin Cordelia Koch (Grüne) legte keinen kohärenten Finanzplan vor. Jetzt droht Pankow eine Haushaltssperre und damit der soziale Kahlschlag.

Drucksachen



Tram-Wechselstelle Masurenstraße

Bereits 2009 wurde der Plan für eine Tram-Wechselstelle zwischen den Haltestellen S- und U-Bhf. Pankow und Masurenstraße entwickelt. Sie sollte damals eine Konsequenz aus der Sanierung des U-Bahn-Viaduktes und der damit verbundenen Abkoppelung der Ortsteile Pankow und Französisch-Buchholz vom Nahverkehrsnetz sein. Der Baubeginn war für das Jahr 2020 angekündigt, passiert ist aber nichts.

Mit der kommenden Sanierung der Straßenbrücke am S- und U-Bhf. Schönhauser Allee (Beginn: 2025) tritt nun eine den damaligen Verhältnissen vergleichbare Situation ein. Um dennoch eine möglichst dichte Taktung des Nahverkehrs aus und nach Pankow aufrecht zu erhalten, ist die Tram-Wechselstelle dringend erforderlich.

Wir fordern das Bezirksamt daher auf, sich bei der zuständigen Senatsverwaltung dafür einzusetzen, dass die lang geplante Wechselstelle noch vor Sanierungsbeginn der Straßenbrücke realisiert wird. Nach Abschluss der Bauarbeiten kann die Wechselstelle als wertvolle Erhöhung der Redundanz im Straßenbahnnetz dienen und erhalten bleiben. (Drucksache – IX-0884) ■



Bezirkliches Vorkaufsrecht für die Kastanienallee 86 ausüben – Verdrängung des „Tuntenhauses“ durch Immobilienspekulation abwenden

Das „Tuntenhaus“ in der Kastanienallee 86 ist ein soziokulturelles queeres Wohnprojekt mit vulnerablen und von Diskriminierung betroffenen Mieter*innen. Es sollte aufgrund seiner sozialen Bedeutung vom Bezirk durch Vorkauf vor Verdrängung geschützt werden. Dazu muss das Haus in gemeinwohlorientierte Hand überführt werden. Nur so sind die Bewohner*innen dauerhaft abgesichert. Wir fordern das Bezirksamt daher auf, sein Vorkaufsrecht für die Kastanienallee 86 zugunsten einer Genossenschaft, einer Stiftung, oder eines landeseigenen Wohnungsunternehmens auszuüben. Weiterhin ersuchen wir das Bezirksamt, sich beim Senat des Landes Berlin dafür einzusetzen, dass dieser die finanziellen Voraussetzungen dafür schafft, dass eine Genossenschaft oder ein landeseigenes Wohnungsunternehmen den Vorkauf wahrnehmen kann. Hierfür muss aus dem Landeshaushalt die Genossenschaftsförderung sowie ein Zuschuss durch den Senat freigegeben werden. (Drucksache – IX-0878) ■



Rechte An- und Übergriffe, Vorfälle sowie Verteilaktionen vor und an Pankower Schulen

Anfang April haben die Schüler*innenvertretungen der ostdeutschen Bundesländer gemeinsam Alarm geschlagen und vor zunehmendem Rechtsextremismus an Schulen gewarnt. Diese Berichte der Schüler*innen muss die Politik unbedingt ernst nehmen. Daher hat sich unser schulpolitischer Sprecher, Paul Schlüter, sofort mit einer Kleinen Anfrage an das Bezirksamt gewandt, um herauszufinden, wie die aktuelle Situation in Pankower Schulen aussieht. Gibt es hier in der letzten Zeit bekannte Vorfälle von rechtsextrem motivierten Übergriffen oder kam es dazu, dass rechtsextreme Gruppen Propagandamaterial in oder vor Schulen verteilt haben? Häufen sich rechtsextreme Aufkleber oder Schmierereien an Pankower Schulen? Und wie werden Pankower Schulen und Schüler*innen vom Bezirk geschützt? (Kleine Anfrage - KA-0825/IX) ■

Bahn frei: Die Heidekrautbahn liegt in „überwiegendem öffentlichem Interesse“



Von Wolfram Kempe – Mitglied des Fraktionsvorstands

Mit der Heidekrautbahn hat sich die Bezirksverordnetenversammlung Pankow bereits öfter beschäftigt. Mindestens neun Beschlüsse aus vier Wahlperioden liegen vor, in denen sich die Bezirksverordneten nicht nur für eine Wiederinbetriebnahme der Stammstrecke bis Wilhelmsruh, sondern

auch für eine Durchbindung bis zum Bahnhof Gesundbrunnen ausgesprochen haben. Das ist notwendig, weil die Heidekrautbahn dazu dient, Pendlerinnen und Pendler aus den nördlichen Regionen Pankows, dem Mühlentor und der Gemeinde Wandlitz in die Innenstadt zu bringen. Einsprüche des

Umweltamtes Pankow verzögern nun dieses wichtige Verkehrsprojekt. Der moderne Ausbau der Strecke erfordert die Errichtung neuester Signalanlagen und Zugsicherungssysteme, die zu einer stellenweisen Verbreiterung des Bahnseitenwegs führen, was naturgemäß zu Lasten der umgebenden Begrünung geht. In einer Stellungnahme zur Planung der Wiederinbetriebnahme weist das Pankower Amt zwar auf die Möglichkeit der Befreiung von den Ge- und Verboten des Bundesnaturschutzgesetzes hin, aber nur wenn – so ist die gesetzliche Formulierung – „überwiegendes öffentliches Interesse“ daran vorliege. Diese Abwägung selbst durchzuführen, vermied das Amt aber ausdrücklich!

Die notwendige Abwägung soll die BVV auf Antrag von Linken und SPD nun selbst durchführen und das Bezirksamt auffordern, „überwiegendes öffentliches Interesse“ festzustellen. Man kann nur hoffen, dass wir damit einer nachhaltigen verkehrlichen Erschließung der wachsenden Außenregionen Pankows näherkommen und der Beschluss sich nicht nur in die vielen anderen zur Heidekrautbahn einreihet. ■



Von Fred Borpheld, stadtentwicklungspolitischer Sprecher

Pankow gegen Verdrängung

Schon vor dem Treppenhaus zum BVV-Saal drängelten sich die Leute, als Mitte März das Mieternetzwerk „Pankow gegen Verdrängung“ zum Krisengipfel geladen hatte. Nach einem Arbeitstreffen im Herbst mit der Senatsverwaltung im Abgeordnetenhaus hatten die Mieter*innen den Gipfel gefordert und verabredet. Seit geraumer Zeit ist die Initiative unterwegs, um auf einen Umstand hinzuweisen, der zwar allen bekannt war, wo aber bei den Betroffenen der Eindruck entstand, dass so recht niemand sich damit beschäftigen will oder gar eine Lösung parat hat. Bei den großen Sanierungen des Prenzlauer Bergs und Pankows hatte man Hauseigentümer*innen großzügig mit Geld versorgt und dafür Belegungsrechte in den sanierten Häusern erhalten. Mitte der 90er wurden so ca. 7000 mietpreisgebundene Wohnungen geschaffen. Im letzten Jahr waren davon nur noch ungefähr 2500 übrig und bis 2030 werden nur noch wenige Restbestände zur Verfügung stehen.

Man hatte viele Leute eingesammelt. Aktive der Mietervernetzung waren über Monate durch die betroffenen Häuser gegangen, um Bewohner auf Ihre Situation aufmerksam zu machen, Hausgemeinschaften wurden organisiert, Unterschriften gesammelt und Kieztreffen veranstaltet. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und neben Mieter*innen waren auch der Staatssekretär für Wohnen und Mieterschutz Stephan Machulik, Stadtentwick-

lungsstadtrat Cornelius Bechtler, der Berliner Mieterverein und zahlreiche Mitarbeitenden der zuständigen Verwaltungen gekommen. Andrej Holm führte in die Runde ein und am Beginn standen sehr eindrückliche Berichte von Betroffenen. Menschen die nach Jahrzehnten in ihren Wohnungen nun mit Eigenbedarfsklagen, massiven Mieterhöhungen und dem Verkauf ihrer Häuser in einen überhitzten Immobilienmarkt konfrontiert sind. Wenn der eigene Lebensraum zum Spielobjekt für Investoren wird, zerbrechen nicht nur soziale Bindungen und Alltagsstrukturen, sondern Menschen verlieren oft den Halt im Leben und ihre Perspektiven für die Zukunft.

Da Senator Gaebler keine Zeit für den Gipfel gefunden hatte, ging es nach der Übergabe von einem offenen Brief mit 1700 Unterschriften an seinen Staatssekretär in die Arbeitsgruppen. Für zweieinhalb Stunden sollte zu den Themen „Eigenbedarf und Zweckentfremdung“, „Gemeinwohlorientierter Ankauf“ und „Dauerhafte Bindungen“ an konkreten Lösungen gearbeitet werden. Die Initiative hatte ihre Forderungen dazu schon im Vorfeld formuliert: Ein Verbot der Eigenbedarfskündigung, bessere Durchsetzung des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes und der gemeinwohlorientierte Ankauf von Wohnraum standen unter anderem auf der Liste. Da wir derzeit wieder das Vorkaufsrecht in der Bezirksverordnetenversammlung diskutieren - die Kastanienallee 86



Mieter*innen beim Krisengipfel.

mit dem dem „Tuntenhaus“ ist kürzlich verkauft worden - schloss ich mich der Arbeitsgruppe zum gemeinwohlorientierten Ankauf an. Am Ende blieb ein zwiespältiges Ergebnis. Wie so oft beim Thema Wohnen sind sich alle einig, wie bedrohlich die Situation ist und das sich dringend etwas ändern muss. Allerdings tun sich die Verantwortlichen sehr schwer damit, den Forderungen der Mieter*innen entweder nachzukommen oder eigene Lösungsansätze auf den Tisch zu legen. Es hilft halt nicht 2030 ein paar tausend Wohnungen zu bauen, wenn die Menschen jetzt aus ihrer Wohnung geklagt werden.

Aus der Kommunalpolitik

Fraktion trifft sich zur Klausur

Am Wochenende des 23./24. März 2024 kam die Linksfraktion zur Klausur zusammen. Fraktionsklausuren haben nichts mit Schul- oder Uniklausuren zu tun, sondern sind eine sowohl team- als auch weiterbildende Maßnahme, wo wir uns gemeinsam beraten und zu aktuellen Themen austauschen. Hier kann man auch mal beim Abendessen beisammensitzen und sich besser kennenlernen. Unsere Bezirksverordneten, Bürgerdeputierten und unsere Stadträtin nahmen dieses Jahr teil.

Im schönen Wandlitz – einige Kilometer entfernt vom Trubel der Hauptstadt – lernten wir diesmal von unseren fachpolitischen Sprechern Paul Schlüter und Fred Bordfeld über bezirkliche Schul- und Stadtentwicklungspolitik. Außerdem zogen wir Bilanz und setzten unsere politischen Schwerpunkte für die verbleibende Zeit der Wahlperiode.



Wiedergewählt wurde unser Fraktionsvorstand mit seiner Doppelspitze aus Maria Bigos und Maximilian Schirmer, sowie den Stellvertreter*innen Wolfram Kempe und Katrin Maillefert.

Herzlichen Glückwunsch!

Wie funktioniert eigentlich Kommunalpolitik?

In der letzten Ausgabe haben wir uns an dieser Stelle damit beschäftigt, was die zweistufige Verwaltung Berlins; was eigentlich die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ist. Heute gehen wir der Frage nach, wer in der Pankower BVV sitzt und dort die Pankower*innen und ihre Interessen vertritt. Wer sind diese Bezirksverordneten und was machen sie?

Die Bezirksverordneten sind alle ehrenamtlich tätig. Das heißt, sie machen neben ihrem Beruf Politik – nach Feierabend und in ihrer Freizeit. Daher finden die meisten Sitzungen auch abends statt. Gewählt wurden sie in den Wahlen zur BVV, die gemeinsam mit der Wahl zum Abgeordnetenhaus alle fünf Jahre durchgeführt wird. Sie erhalten für ihre Arbeit eine Aufwandsentschädigung von etwa 1000 € im Monat, zuzüglich 20 € für jede Ausschusssitzung und 31 € für jede BVV-Tagung. Bei der Linken geben alle Mandatsträger*innen einen Teil ihrer Aufwandsentschädigung an die Partei ab, da Die Linke keine Unternehmensspenden annimmt und damit unabhängig von der Wirtschaft bleibt. Meist gehören Bezirksverordnete einer Fraktion an, in der sie mit anderen Bezirksverordneten zusammenarbeiten und gemeinsam Anträge in die BVV einbringen, um das Bezirksamt zum Verwaltungshandeln anzuregen. Ein solcher Antrag wird vorher in einer Fraktionssitzung von den Fraktionsmitgliedern besprochen. Ist die Fraktion mit dem Antrag einverstanden, wird dieser in der BVV eingebracht wo

über ihn abgestimmt wird. Ein von der BVV beschlossener Antrag, eine sogenannte Beschluss-sache, muss dann vom Bezirksamt umgesetzt werden.

Zu den Aufgaben von Bezirksverordneten gehören aber nicht nur die Anwesenheit bei Abstimmungen sowie die Vor- und Nachbereitung der Fraktions- und BVV-Sitzungen. Genauso wichtig ist das Engagement der Verordneten in den unterschiedlichen Ausschüssen, wie zum Beispiel dem Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung oder dem Stadtentwicklungsausschuss.

Auch der stetige Austausch mit den Pankower*innen ist essentiell. Bezirksverordnete halten deshalb Kontakte zu Initiativen und Vereinen vor Ort und bieten Sprechstunden an. Die E-Mail-Adressen der Bezirksverordneten sowie die aktuellen Sprechzeiten der Linksfraktion Pankow finden sie auf unserer Webseite.

Trotz großem Engagement ist es für unsere Verordneten nicht immer leicht, sich durch den Berliner Verwaltungsdschungel zu kämpfen. Dennoch arbeiten wir unermüdlich, um unseren Bezirk lebenswert zu halten, den Finger in die Wunde zu legen und soziale Gerechtigkeit zu erkämpfen.

Kommunalpolitik erklärt!

Alle Einträge in dieser Reihe finden Sie auch auf unserer Seite:



So treten Sie mit uns in Kontakt



Besuchen Sie unsere Bürger*innensprechstunde:

Jeden Dienstag von 14:00 bis 17:00 Uhr in unserem Fraktionsbüro
Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109
10405 Berlin

Rufen Sie uns an unter:

(030) 42 02 08 73

Schreiben Sie uns eine Email an kontakt@linksfraktion-pankow.de oder wenden Sie sich direkt an unsere fachpolitischen Sprecher*innen.



In unseren thematischen **Arbeitsgruppen** können Sie sich zu einer Vielzahl von Themen einbringen:



Kennen Sie schon unseren **Newsletter**? Hier können Sie ihn abonnieren:



Folgen Sie uns auf Social Media:



www.linksfraktion-pankow.de

Herausgeber:

Linksfraktion in der BVV Pankow

Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Tel: 030 42 02 08 73

kontakt@linksfraktion-pankow.de

V.i.S.d.P.: Maria Bigos, Maximilian Schirmer

Die nächste Ausgabe erscheint im Juli 2024.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.